

Antrag der Fraktion der CDU

Erhalt der 50 Schulsozialarbeiterstellen sicherstellen

Die Schulsozialarbeiter leisten in den Schulen eine unverzichtbare Arbeit. Sie ist Teil der Jugendsozialarbeit und soll die schulische Ausbildung und die soziale Integration fördern. Aufgrund der Wandlung des Schulsystems in ein inklusives System, in dem grundsätzlich alle Schüler und Schülerinnen zusammen lernen, kann diese Aufgabe nicht von den Lehrkräften alleine bewältigt werden. Die Kinder und Jugendlichen müssen unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ihren unterschiedlichen Lebensverhältnissen gleichermaßen gefördert werden, um ein Gelingen des Reife-, Lern- und Ausbildungsprozesses zu gewährleisten.

Durch die Schulsozialarbeit wird auf die individuelle Situation der Kinder und Jugendlichen Einfluss genommen und deren soziale Entwicklung im weiteren Lebensverlauf positiv begleitet. Es werden durch individuelle schulbezogene Hilfen, Gruppenangebote, offene Förderangebote und formelle Beratungsangebote positive Rahmenbedingungen geschaffen, um Benachteiligungen dauerhaft abzubauen.

Neben den bereits vorhandenen Schulsozialarbeitern wurden Ende 2011/Anfang 2012 weitere 50 Schulsozialarbeiter befristet bis zum Ende des Jahres 2013 eingestellt. Die Mittel für diese 50 Schulsozialarbeiter wurden durch den Bund im Zusammenhang mit der Gesamtkonzeption des Bildungs- und Teilhabepaketes Bremen befristet bis 2013 zusätzlich zur Verfügung gestellt.

Bereits zum Zeitpunkt der Einstellung war dem Senat bekannt, dass die Finanzierung dieser 50 Schulsozialarbeiter durch den Bund Ende 2013 ausläuft. Bisher hat der Senat es versäumt, die finanzielle Absicherung der dauerhaften Fortsetzung der Arbeit der zusätzlichen Schulsozialarbeiter zu gewährleisten. Aufgrund der bedeutsamen Arbeit dieser Schulsozialarbeiter muss die Finanzierung in den Haushalten 2014 und 2015 sichergestellt werden. Es wäre ein Fehler, diese Schulsozialarbeiter nicht auch aus Landesmitteln weiterzufinanzieren. Den Schulsozialarbeitern muss eine positive dauerhafte Fortsetzungsprognose gegeben werden, damit sich diese wichtigen Kräfte nicht wegen ihrer unsicheren Beschäftigungsaussichten anderweitig bewerben.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtbürgerschaft beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. die dauerhafte Fortsetzung der Arbeit der zusätzlichen 50 Schulsozialarbeiter zu gewährleisten,

2. über die bloße Unterstützung der Bundesratsinitiative zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch „Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen“ hinaus umgehend und nachdrücklich Gespräche mit dem Bund zu führen, um eine weitere Finanzierung oder Teilfinanzierung durch den Bund zeitgerecht zu erreichen,
3. die Weiterbeschäftigung der 50 Schulsozialarbeiter in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 sicherzustellen und
4. der städtischen Deputation für Bildung und der Deputation für Soziales, Kinder und Jugend bis zum September 2013 über das Ergebnis der Gespräche und eingeleiteten Initiativen gegenüber dem Bund zu berichten.

Dr. Thomas vom Bruch, Sandra Ahrens, Thomas Röwekamp und die Fraktion der CDU